



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

7. Sitzung (öffentlich)

9. Februar 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Drittelparität erhalten: Wer Verantwortungsübernahme und Selbstständigkeit will, muss Teilhabe stärken

1

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/886

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/886, wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz - LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/964

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/964, wird einstimmig angenommen.

- 3 Kinder schützen - Grundlagen für regelmäßige ärztliche Untersuchungen aller Kinder schaffen** 5
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1111
- Der Ausschuss verständigt sich auf ein Verfahren, wie mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/1111, umzugehen ist.
- 4 Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) in Nordrhein-Westfalen** 6
- Dem Bericht der Landesregierung schließt sich eine Aussprache an.
- 5 Interministerielle Arbeitsgruppe Zuwanderung und Unterarbeitsgruppe Dialog mit dem Islam** 7
- Dem Bericht der Landesregierung schließt sich eine Aussprache an.
- 6 Jugendkriminalität mit wirksamen Maßnahmen begegnen - Möglichkeiten der integrativen Unterbringung von kriminell auffälligen Jugendlichen in geschlossenen Gruppen der Jugendhilfe anstelle von Untersuchungshaft verlässlich ausbauen!** 11
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1117
- Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wird einvernehmlich geschoben.
- 7 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen** 12
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1106
- Der Ausschuss verständigt sich ohne Votum einvernehmlich darauf, das Thema für sich für erledigt zu erklären.